

### **Offener Brief an:**

SPD-Parteivorstand  
z.H. Koll. Franz Müntefering  
Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

### **SPD und Gewerkschaften**

Lieber Kollege Müntefering,

der Brief, den Du mit Datum 16. Juli 2004 "An die Kolleginnen und Kollegen in den DGB-Gewerkschaften" gerichtet hast, braucht eine Antwort – schon deshalb, damit nicht durch Schweigen der falsche Eindruck entsteht, Bewertungen und Aufforderungen in Deinem Brief würden von Gewerkschafterinnen oder Gewerkschaftern akzeptiert.

Der Brief hat auch eine öffentliche Antwort verdient, denn er spricht, wenn auch mehr oder weniger verdreht oder verzerrt, politische Themen an, die alle betreffen. Deshalb schicke ich ihn als "Offenen Brief".

Offensichtlich möchtest Du mit Deinem Text eine Diskussion eröffnen mit dem Ziel, wieder mehr Zusammenarbeit herzustellen zwischen Gewerkschaften und SPD. Dazu laß Dir gleich sagen: das Verbreiten von Halbwahrheiten ist diesem Ziel ebenso wenig dienlich, wie die nach jedem Wahldesaster von führenden Sozialdemokraten ungerührt vertretene Bewertung, die Wahlniederlage sei darauf zurückzuführen, daß die SPD ihre Politik nicht richtig rübergebracht habe.

Stichwort Halbwahrheiten: Zu behaupten, "das Kapital ist global engagiert, Unternehmen internationalisieren", ist so eine Halbwahrheit. Denn zugedeckt wird dabei, daß es – trotz Direktinvestitionen im Ausland und Exportorientierung - nach wie vor das deutsche Kapital gibt, mit durchaus eigenständigen und keineswegs diskret vertretenen politischen Forderungen und Zielen.

Und wenn ich die "objektiv schwierige Phase" näher betrachte, in der Deiner Einschätzung nach SPD und Gewerkschaften sind, dann stelle ich fest, daß vieles von dem, was Du vielleicht als "objektiv" darstellst, in Wahrheit politisch hergestellt worden ist. Und zwar auch von der amtierenden Bundesregierung!

So zum Beispiel die massiven Probleme des Staatshaushaltes, die zum größten Teil Folge sind einer zutiefst unsozialen Steuersenkungspolitik zugunsten von Großvermögensbesitzern und Spitzenverdienern. Damit meinen wir übrigens nicht Ehepaare mit 110 000 Euro Jahreseinkommen, sondern beispielsweise über 700 000 Einkommensmillionäre, die es in Deutschland gibt!

Aber nochmal zurück zum deutschen Kapital, also zu den Herren von Pierer, Schrepp, Ackermann usw. Denn Du und insbesondere der Bundeskanzler, ihr müßt doch genau wissen, was die "Hauptakzente" der Agenda 2010 sind, auf die Du dich in Deinem Brief beziehst. In Wirklichkeit sind nämlich nicht "Sicherung der Sozialsysteme, Ausbildung, Vermittlung der Langzeitarbeitslosen, Bürgerversicherung und Innovation" die Hauptakzente. Sondern es geht darum, die politischen Bedingungen dafür zu schaffen, daß die deutschen Großunternehmen – diesmal unter dem Mantel der Europäischen Union - bis zum Jahr 2010 vor den USA die weltweit führende Stellung erringen.

Und diese Politik bedeutet weiter verstärkten Sozialabbau, Disziplinierung, Ausgrenzung nach innen und forcierte Vorbereitung künftiger Kriege nach außen!

Was die Herren von Pierer, Schrempp, Ackermann usw. wollen ist Euch bekannt. Nicht nur deswegen, weil es auf etwa 160 Seiten im "Gesamtreformkonzept" des BDI unter dem schönen Titel "Für ein attraktives Deutschland. Freiheit wagen – Fesseln sprengen" seit Februar 2004 öffentlich zugänglich vorliegt. Sondern vor allem deshalb, weil der BDI die Kernpunkte dieses wirklich umfassenden Rollback-Programms schon sehr frühzeitig, vermutlich noch gegen Ende 2002, mit dem Bundeskanzler erörtert hat – lange bevor dann im September 2003 auf dem BDI-Kongreß in Berlin die abschließende Diskussion stattfand! Übrigens hat Gerhard Schröder die Agenda 2010 dann ja auch wenige Monate nach der Erörterung mit dem BDI im Bundestag verkündet, genau am 14. März 2003.

Spätestens seit das erwähnte "BDI-Gesamtreformkonzept" vorliegt, wissen wir, was die genannten Herren wirklich umtreibt, wenn sie von "Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Industrie reden. Es geht letzten Endes um noch mehr Profit und um noch mehr Macht fürs deutsche (Groß-)Kapital. Müßten wir nicht längst aus der Geschichte gelernt haben, daß es buchstäblich lebensgefährlich zu werden beginnt, wenn deutsches Großkapital Großmachtinteressen verfolgt?

Der Hauptgrund für die ständig zunehmenden Wahlniederlagen der SPD ist meines Erachtens jedenfalls vor allem darin zu suchen, daß sich die SPD gerade mit der Agenda 2010 und mit Hartz IV zum politischen Erfüllungsgehilfen der deutschen Großkonzerne hat machen lassen. Lange wird sie diese Rolle allerdings nicht mehr spielen können. Denn das, was Daimler-Chrysler, Siemens, Deutsche Bank usw. wollen, das können sie nur mit einer Partei oder einem Parteienbündnis mit Massenbasis umsetzen. Und die wird in absehbarer Zeit, eben wegen der Politik der Schröder-Regierung, als sozialdemokratische Massenbasis nicht mehr vorhanden sein.

Fazit: Mit Sozialer Gerechtigkeit sind die Agenda 2010 und Hartz IV eben nicht vereinbar! Und die Politik der SPD-geführten Bundesregierung hat, gleichzeitig mit der Glaubwürdigkeit der SPD, jede Grundlage für eine fruchtbare Debatte zwischen Gewerkschaften und SPD zerstört.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Willkomm-Wierner  
Gewerkschaftssekretär